

## AKTUELL

## BIOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

# Zwischen Realismus und Rückschritt

Melanie Czarnik

**15 statt 20 Prozent Bio-Fläche: Der neue PAN-Bio 2030 senkt die Zielmarken und setzt stärker auf Marktnähe als auf strukturellen Umbau.**

Kurz vor Weihnachten stellte Agrarministerin Martine Hansen (CSV) den neuen nationalen Aktionsplan zur Förderung der biologischen Landwirtschaft (PAN-Bio 2030) vor. Die Kulisse des Familienbetriebs Bio-Haff Baltes, des ersten luxemburgischen Produzenten von biologischem Ziegenkäse, sollte dabei als symbolischer Ort dienen und die neuen Ziele des Plans unterstreichen. Primäres Ziel des PAN-Bio 2030 ist es, die biologisch bewirtschaftete Fläche jährlich um einen Prozentpunkt zu erhöhen, sodass bis 2030 rund 15 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche biozertifiziert sind. Damit setzt das Landwirtschaftsministerium die politischen Zielstellungen deutlich niedriger an.

Der vorherige Plan hatte noch vorgesehen, den Bio-Anteil auf 20 Prozent zu steigern – das bis letztes Jahr. Ein Ziel, das laut Hansen „zu ambitioniert“ gewesen sei, wie aktuelle Zahlen nahelegen. Zwar stieg die Anzahl der Bio-Betriebe zwischen 2020 und Ende 2025 von 158 auf 253. Auch die Bio-Fläche nahm zu und verdoppelte sich nahezu von rund 6.400 auf über 12.200 Hektar. Doch selbst mit dieser Steigerung lag der gesamte Bio-Anteil Ende letzten Jahres laut Agrarministerin Hansen lediglich bei rund 10 Prozent. Nach den Zahlen, die die Statec in ihrem Bericht „Luxemburg in Zahlen“ im September letzten Jahres veröffentlichte, lag die Größe der landwirtschaftlich genutzten Biofläche 2024 bei 9.567 Hektar von insgesamt 133.040 Hektar landwirtschaftlicher Anbaufläche, also bei knapp über 7 Prozent.

## Marktnähe ohne Vision

Inhaltlich ist der neue Aktionsplan technokratischer, marktnäher und stärker auf Steuerbarkeit ausgelegt als sein Vorgänger. Grundlegende Strukturprobleme wie Flächenknappheit, Generationenwechsel oder die Dominanz einzelner Produktionszweige bleiben weitgehend unangetastet. Auch das langfristige Fernziel des alten PAN, bis 2050 eine vollständig biologische Landwirtschaft zu erreichen, taucht im PAN-Bio 2030 nicht mehr auf. Neu akzentuiert wird hingegen die Rolle der Gemeinschaftsverpflegung. Bis 2030 sollen demnach 80

Prozent der vom Schulkantinenendienst Restopolis verwendeten Produkte aus der luxemburgischen Landwirtschaft stammen, davon 30 Prozent aus biologischer Produktion. Jetzt schon stammen dank des vom Bildungsministerium in die Wege geleiteten Beschaffungssystems „Supply4Future“ rund 70 Prozent der Produkte, die Restopolis in Schulkantinen nutzt, aus lokalem Anbau (woxx 1863).

Ein weiterer Punkt des Plans ist



FOTO: DAIGA ELLABY/ UNSPLASH

Rinderzucht und Kuhmilchproduktion machen in Luxemburg den überwiegenden Teil der Landwirtschaft aus.

die stärkere Öffnung für Teilumstellungen. Künftig sollen konventionell wirtschaftende Betriebe einfacher und schrittweise in den Bio-Sektor einsteigen können. Etwa die Hälfte der Landesfläche wird hierzulande landwirtschaftlich genutzt, der überwiegende Teil davon für Rinderzucht und Kuhmilchproduktion. Dieser hohe Spezialisierungsgrad wird staatlich massiv gefördert: 2023 flossen rund 84 Prozent der Agrarbeihilfen – insgesamt 92 Millionen Euro – in diesen Sektor. Gleichzeitig gilt die intensive Tierhaltung als einer der Haupttreiber des Biodiversitätsverlusts.

Die neuen Ziele präsentierte Hansen als pragmatisch und realistisch, so auch die Anpassung und Verschiebung der Zielmarke von 20 auf 15 Prozent, die aber ebenso als politischer Rückschritt interpretiert werden kann. Ob Bio-Landwirt\*innen und Umweltorganisationen dies weniger als Realpolitik und mehr als Ausdruck eines fehlenden politischen Gestaltungswillens bewerten? Offizielle Stellungnahmen auf den kurz vor den Feiertagen am 22. Dezember präsentierten Plan sind noch nicht erfolgt.

## SHORT NEWS

## Le réarmement nuit à l'économie

(fg) – Relancer l'économie par des investissements massifs dans l'armement est un mythe, affirme la Friddens- a Solidaritéitsplattform dans un document publié le 29 décembre. En 2026, les dépenses militaires du Luxembourg vont franchir le cap symbolique du milliard d'euros. Ce chiffre est appelé à croître dans les années à venir, les Européen-nes ayant cédé sans barguigner à l'injonction trumpienne de porter leurs budgets de défense à 5 % du PIB dans le cadre de l'Otan. Au Luxembourg, cela pourrait représenter 4,6 milliards d'euros de dépenses annuelles en 2035, calcule l'ONG. Une bonne affaire pour l'économie, veulent croire le gouvernement et le patronat, qui misent sur l'édification d'une industrie nationale de la défense, afin de profiter de la manne. Rien de plus trompeur, affirme la Friddens- a Solidaritéitsplattform. Elle cite tout d'abord la présidente de la BCE, Christine Lagarde, selon laquelle les sommes colossales que les pays européens injecteront dans l'armement n'auront qu'un effet marginal sur la croissance économique (0,3 % en 2027), mais risquent en revanche d'entraîner une hausse de l'inflation. Ces investissements « ont un effet nettement moins important sur la croissance que les dépenses dans d'autres domaines tels que l'éducation ou les infrastructures », poursuit l'ONG, qui cite plusieurs économistes. « L'argent est principalement investi dans les dividendes et les cours boursiers plutôt que dans une reprise économique », affirme encore la Friddens- a Solidaritéitsplattform, parvenant à la conclusion que ce sont « les contribuables européens qui en font les frais ».

## Strategische EU-Umweltprojekte: Unklarer Nutzen

(ja) – Am 11. Dezember 2025 veröffentlichte der EU-Rechnungshof einen Bericht über die Effizienz der strategischen „Life“-Projekte der Europäischen Union. Das Programm unter dem Namen „L'instrument financier pour l'environnement“ (Life) besteht seit 1992. Die strategischen Projekte wurden 2021 eingeführt und sollen dabei helfen, die Lücke zwischen Klima- und Umweltstrategien und deren Umsetzung zu füllen. Zwischen 2014 und 2020 wurden so 701 Millionen Euro für 70 dieser strategischen Projekte ausgegeben, seit 2021 waren es 436 Millionen. Insgesamt sorgten diese Projekte für Kontinuität bei Umweltschutzprojekten und stellten sicher, dass wichtige Interessenträger\*innen in die Planung einbezogen würden, so der Bericht. Allerdings würde beim Auswahlverfahren der Projekte nur selten der dringendste Bedarf der EU-Mitgliedsstaaten berücksichtigt. Das führe dazu, dass mitunter nicht jene Projekte finanziert worden sind, die die größten Auswirkungen hätten, so der Rechnungshof. Er empfiehlt der EU-Kommission, die strategischen Life-Projekte besser auf spezifische Probleme der Mitgliedsstaaten auszurichten. Außerdem sollte das Konzept der Mobilisierung zusätzlicher Mittel überdacht und der Wissensaustausch zwischen den Ländern gefördert werden.

## Entwicklungshilfe für Flüchtlingsabwehr

(tf) – Auch zum Jahresende 2025 ließ die Europäische Union bei ihrem Kampf für die Einschränkung des Asylrechts nicht locker. Am 17. Dezember stimmte das EU-Parlament einem zuvor von den EU-Innenminister\*innen („Datum mit Symbolcharakter“, woxx 1866) vereinbarten Konzept zur Ausweitung der Zahl „sicherer Herkunftstaaten“ und, wichtiger noch, „sicherer Drittstaaten“ zu. Flüchtlinge können demnach ohne Bearbeitung ihres Asylantrags abgeschoben werden, soweit eine vertragliche Vereinbarung mit diesen Ländern besteht. Bei diesem Votum hatte die bürgerlich-konservative „Europäische Volkspartei“ (EVP) gemeinsame Sache mit den rechtsextremen Abgeordneten im Parlament gemacht. In derselben Woche forderten die Vertreter\*innen von 19 EU-Mitgliedsstaaten in einem Brief, den Druck auf entlang der Fluchtrouten gelegene Drittstaaten zu erhöhen, um sie zur Mitarbeit bei der Flüchtlingsabwehr zu bewegen. Gleich 15 mal wird in dem zweiseitigen Brief betont, dass „innovative Lösungen“ nötig seien. Damit ist kaum verhohlen der Fluss von Entwicklungshilfegeldern gemeint. Die „effiziente Nutzung finanzieller Ressourcen“ sei erforderlich, um „neue Wege der Zusammenarbeit“ zu eröffnen, „die als integraler Bestandteil der umfassenderen EU-Außenstrategie für Asyl und Migration“ betrachtet und entwickelt werden sollen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen wird nun offenbar ganz und gar durch den Kampf gegen die Flüchtlinge ersetzt.